



Seit 35 Jahren für SIE im Einsatz!

NEWS aus Bundesbern und der ganzen Schweiz

Rotgrüne Bevormundung: Es muss in städtischen Tagesschulen, Kantinen und an Anlässen vermehrt und z.T. ausschliesslich vegetarisch/vegan gepflegt werden!



Von
Alexander Feuz,
Fürsprecher/
Rechtsanwalt,
Stadttrat SVP,
Fraktionschef SVP
Stadt Bern,
aGrossrat

Die rotgrüne Bevormundung erstreckt sich neu auch auf die Verpflegung an städtischen Tagesschulen, in Kantinen und an öffentlichen Anlässen. Es muss dort jetzt – gestützt auf städtische Direktiven – vermehrt «Körnerfrass» gegessen werden. Als Grund dafür werden von Seiten der Stadt erneut Klimaschutzgründe vorgeschoben. Ebenso will die Stadt Bern deswegen Parkplätze und Verkehrsspuren abbauen und die Werbung für Autos und Flugreisen verbieten. Der städtische Klimanotstand hindert den Stadtpräsidenten allerdings nicht daran, weite Flugreisen auch auf fremde Kontinente zu unternehmen.

Die politischen Behörden der Stadt Bern riefen unlängst den Klimanotstand aus. Der Gemeinderat entschloss sich, deshalb neben dem rigorosen Abbau von Parkplätzen, dem Verbot der Werbung für Autos und Flugreisen an öffentlichen Plätzen auch dafür, an städtischen Veranstaltungen fast nur noch vegetarische und vegane Speisen anzubieten. Auch wurde am 27.4.2023 im Stadtrat ein Postulat eingereicht, das u.a. sogar den totalen Verzicht auf jegliche tierische Erzeugnisse an städtischen Anlässen vorsieht (vgl. Motion David Böhner, AL/ Matteo Micieli, PDA, umweltschonende Ernährung – Stadt als Vorbild).

Ebenso schuf die finanziell klamme Stadt sogar 2023 extra eine neue Teilzeitstelle (!), die sich für nachhaltige, vegetarische und vegane Er-

nährung in der Stadt einsetzen soll. Der von der SVP gestellte Streichungsantrag drang leider nicht durch. Erste «Erfolge» dieser Stelle sind bereits eingetreten: Am Wirtschaft Apéro in der Elfenu wurden trotz hochsommerlicher heisser Temperaturen wahrscheinlich gut erwärmte Mozarellakugeln im Reismantel offeriert. Nicht nur der Verfasser, er probierte zum Glück nur eine halbe Kugel, litt nach dem Verzehr unter lästigen Verdauungsschwierigkeiten.

Das vegetarische und vegane Speiseangebot ist zudem beileibe nicht billiger. Die Organisatoren der Stadtratspräsidentenfeier 2023 erlebten eine böse Überraschung nach dem Erhalt der hohen Rechnung. Die zu wenig gebratenen Kräuter-Seitlinge (Pilze), die Dörrbohnen und der Süsskartoffelstampf stiessen zudem nur auf mässige Zustimmung.

An den Neuzuzügeranlässen (Begrüssungsanlass der Stadt für Bewohner, die neu in die Stadt Bern ziehen) werden neuerdings ausschliesslich vegane und vegetarische Speisen angeboten. Dies mit der Begründung, dass sich bisher noch niemand beklagt habe. Wer gleichwohl auch etwas Fleischiges auf dem Teller haben möchte, soll sich deshalb rechtzeitig bei der Verwaltung melden. Leser und Neuzuzüger, die in die Stadt Bern umziehen wollen, seien gewarnt! Auch an parlamentarischen Anlässen erhält nur noch Fleisch, wer dies extra bestellt. Die Erfahrungen bei den neusten Anlässen haben aber gezeigt, dass die Fleischbällchen und das zum Gemüse-GusGus auf Zusatzbestellung extra gereichte Lamm auch bei den Kollegen und Kolleginnen, die sich für das vegetarische Menü entschieden haben, reichlich zugesprochen wurde. Wasser predigen und Wein trinken, wie dies auch der Stadtpräsident mit seinen vielen Flugreisen nach Georgien, New York, Nord Karolina, Kroatien, Südafrika aktiv vorlebt. Seine Teilnahme an externen Veranstaltungen sei angeblich ganz wichtig für die grüne Stadt Bern. Es interessierte, zu welchen neuen Erkenntnissen er dabei gelangt

ist. Der Verfasser wird dem jedenfalls nachgehen.

Der Verfasser kocht und isst selbst gerne. Er liebt vegetarische Momos und Pilze mit Nudeln. Auch hat er nichts gegen vegetarische und vegane Ernährung. Jeder Kantinier/Wirt soll für seinen Betrieb ein attraktives Angebot zusammenstellen. Dies ist wahrscheinlich bei den Mitarbeitern der Schulbehörden anders zusammengesetzt als bei Angestellten des Tiefbauamtes. Die städtische Bevormundungspolitik aus Klimaschutzgründen, die die Bevölkerung vegetarisch umerziehen will, lehnt der Verfasser dagegen vehement ab.

INHALT

- 1 Rotgrüne Bevormundung: Es muss in städtischen Tagesschulen, in Kantinen und an Anlässen vermehrt und z.T. ausschliesslich vegetarisch/vegan gepflegt werden!
- 2 Millionenprojekt SCHILTHORNBAHN 20XX: Wertschöpfung bleibt in der Region
- 3 NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag – wir wollen frei sein!
- 4 Gemeinderatswahlen 2024: Liste «Gemeinsam für Bern» komplett
Ein frischer Wind
- 5 Aktuelles aus dem Stadtrat
- 6 Geld verteilen im Giesskannenprinzip – EU-Scheinverhandlungen
Fremde Richter auf Abwegen
- 7 Patrouille Suisse erhalten!
- 8 Das Experiment der Integration aller Kinder in Regelklassen muss gestoppt werden

Millionenprojekt SCHILTHORNBAHN 20XX: Wertschöpfung bleibt in der Region

Mit dem Bau der SCHILTHORNBAHN 20XX realisiert die Schilthornbahn AG ein Generationenprojekt. Die Arbeitsvergaben gehen fast ausschliesslich an Schweizer Partner. Ein Grossteil davon an lokal und regional verankerte Firmen. Dabei garantiert das Tourismus-Unternehmen einen wichtigen Beitrag für die soziale, ökonomische sowie ökologische Nachhaltigkeit.

Bis 2026 wird am Schilthorn vom Talboden bis zum Gipfel gebaut: Das Gesamtprojekt SCHILTHORNBAHN 20XX umfasst nebst dem Bau von drei neuen Luftseilbahnen auch den Neubau aller dazugehörigen Stationen. Ein 100-Millionen-Projekt, das in vielerlei Hinsicht eine Meisterleistung darstellt: Neue Technologien, schwierige Montagebedingungen sowie exponierte und platztechnisch begrenzte Standorte stellen die umsetzenden Firmen immer wieder vor Herausforderungen. Die Wertschöpfung, die bei all diesen Arbeiten generiert wird, bleibt dabei in der Schweiz – ja sogar zum grössten Teil im Berner Oberland und in der Region.

Grösster Auftrag geht an die Firma Garaventa aus Goldau

Der grösste Auftrag für die Seilbahntechnik wurde an die Schweizer Firma Garaventa in Goldau SZ vergeben. Rund 45 Millionen Schweizer Franken gehen an das traditionsreiche Unternehmen, das seit über 100 Jahren Seilbahnen auf der ganzen Welt baut. Mit der steilsten Luftseilbahn der Welt zwischen Stechelberg und Mürren sowie der neuartigen Funifor-Technik auf den Sektionen 2 und 3, wird das Seilbahn-Unternehmen neue innovative Meilensteine erlangen. Mit der Schindler AG aus Ebikon LU für die Rolltreppen und Personenlifte sowie der Gasser Felstechnik AG aus Lungern OW als marktführende Spezialunternehmung in der Felstechnik, wurden zwei weitere renommierte Schweizer Firmen für Rohbau- und Ausbauarbeiten beauftragt.

Lokale und regionale Partner einbezogen

Weitere Aufträge sind grösstenteils regional vergeben worden: Für die Planung zeichnen sich



Grossbaustelle wegen der neuen SCHILTHORNBAHN 20XX auf dem Schilthorn. Fast alle beteiligten Firmen sind regional verankert.

die Brügger Architekten AG sowie die Theiler Ingenieure AG mit Standort Thun, respektive Zweisimmen verantwortlich. Im Tor zum Berner Oberland sind auch der Baumeister der Station Stechelberg, die Frutiger AG, sowie die U. Hauenstein Heizung Lüftung Sanitär AG angesiedelt. Die meisten Vergaben gingen aber direkt in den Amtsbezirk Interlaken-Oberhasli: Die Ghelma Baubetriebe AG aus Meiringen bauen die Stationen Birg und Schilthorn, während die Gerber+Troxler Bau AG aus Bönigen die Station Mürren sowie – gemeinsam mit der Gasser Felstechnik AG – die Fundamente der Stützen errichten. Für sämtliche Holz- sowie Stahlbauarbeiten ist die Brawand Zimmerei AG aus Grindelwald verantwortlich. Die Elektronischen Aufträge teilen sich die Firma Seiler AG aus Bönigen, die Elektro Hunziker AG aus Thun sowie die Aeschmann Automationssysteme AG und Elektro Brunner AG aus Interlaken.

Das neue Heizungssystem darf die lokale Firma Marcel Fischer Grindelwald einbauen. Mit der Kolb+Waltherr AG, welche einen Standort in Mürren hat, bleibt die Wertschöpfung seitens der Sanitärarbeiten gar im Dorf.

Seilbahnkabinen aus dem Nachbarland

Einzig ein Herzstück des Projekts, die neuen Seilbahnkabinen, werden nicht in der Schweiz produziert. Lieferant und Hersteller der Fahrzeuge ist die Firma Carvatech aus Oberweis in Oberösterreich. Als einer der führenden Seilbahnkabinenbauer konnte das Unternehmen mit seiner innovativen, designorientierten Aluminium-Leichtbautechnik sowie erstklassiger Qualität überzeugen. Seit Oktober 2022 ist Carvatech Teil der Unternehmensgruppe Doppelmayr/Garaventa.

Pressemitteilung der Schilthornbahn AG

Bild: pixabay.com



NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag – wir wollen frei sein!

Lassen Sie sich nicht täuschen! Der Bundesrat will die Schweiz nach wie vor der EU unterwerfen. Das heisst: Automatische Übernahme von EU-Recht und EU-Richter haben das letzte Wort. Die Schweizer Bevölkerung hat nichts mehr zu sagen. EU-Beamte und Schweizer Beamte haben hinter verschlossenen Türen längst Fakten geschaffen. Dies geht klar aus dem sogenannten «Common Understanding» hervor. Lesen Sie hier, welche Nachteile der EU-Unterwerfungsvertrag für die Schweiz und für Sie als Bürger bringt.



Von Erich Hess,
Nationalrat
und Stadtrat,
Unternehmer,
3018 Bern

Was die EU will...

Unter Punkt 2 im «Common Understanding» will die EU, dass die Schweiz Teil des EU-Strombinnenmarktes wird und bei der Liberalisierung des Strommarktes mitmachen muss.

...und was dies für Sie als Bürgerin und Bürger bedeutet

Dies führt zur Privatisierung kommunaler und kantonaler Elektrizitätswerke und zum Anschluss an den teureren EU-Strommarkt. Damit fließen die Gewinne von gemeinde- und kantonseigenen Elektrizitätswerken nicht mehr zugunsten der Bevölkerung in die Gemeinde- und Kantonskassen. Schweizer Privathaushalte und Unternehmen hätten kaum noch die Wahl zwischen freiem Strommarkt und geschützter Grundversorgung. **Teurere Strompreise und eine schlechtere Versorgung sind die Folge.**



Was uns Schweizern sonst noch blüht

Die Schweizer Identitätskarten müssen durch einen teuren biometrischen Ausweis ersetzt werden. Der Bundesrat akzeptierte dies. Schweizer Bürger, die dies nicht mitmachen wollen, dürfen die Schweiz nicht mehr in Richtung EU verlassen. Reisen nach Italien, Frankreich oder Deutschland sind somit nicht mehr möglich.

So absurd reguliert die EU

Die EU reguliert vom Baum bis auf den Teiler: «Die Äpfel müssen folgende sortentypische Mindestfärbung aufweisen: 3/4 der Gesamtflä-

che mit roter Färbung in der Färbungsgruppe A.» Die Äpfel müssen zudem «genügend entwickelt sein und einen ausreichenden Reifegrad aufweisen. (...) Zur Überprüfung der Einhaltung der Mindeststreifenanforderungen können unterschiedliche Parameter herangezogen werden, z. B. morphologische Aspekte, Geschmack, Festigkeit und der Refraktometerwert.»

(Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates für die Sektoren Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse).

Leserbrief

Breitet sich der Beton in die Grünzonen aus?

Ja, auf Dauer sicher – infolge der Bevölkerungszunahme. Mit einer Geburtenrate von 1,46 sterben die Schweizer zwar aus; aber dank der Zuwanderung verdoppelt sich die Bevölkerung etwa alle 85 Jahre. Der Bevölkerungszuwachs konzentriert sich hauptsächlich auf die Städte und deren Umgebung.

Thomas Schibli, 3006 Bern

www.bernaktuell.ch



Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Die Ukraine, Israel und die Migration – wie weiter?»

Organisiert durch:

PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

➔ **Donnerstag, 23. Mai 2024, in Zürich**
Restaurant Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich

➔ **Mittwoch, 16. Oktober 2024, in Bern**
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

➔ **Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat**

Gemeinderatswahlen 2024

Liste «Gemeinsam für Bern» komplett

Für die Gemeinderatswahlen vom 24. November 2024 in der Stadt Bern treten GLP, FDP, SVP, Die Mitte und die EVP auf der Liste «Gemeinsam für Bern» an. Nun haben alle Parteien ihre

Kandidat:innen nominiert. Melanie Mettler, Florence Pärli, Béatrice Wertli, Janosch Weyermann und Bettina Jans-Troxler stellen sich zur Wahl. Die Mitte- und die bürgerlichen Parteien streben

bei den Stadtberner Gemeinderatswahlen vom 24. November zwei Sitze an. Nach der heutigen Nomination der EVP stehen nun die fünf Kandidat:innen fest:



- **Melanie Mettler** (GLP), Nationalrätin und Nachhaltigkeitsberaterin
- **Florence Pärli** (FDP), Stadträtin und Juristin im Steuerrecht
- **Béatrice Wertli** (Die Mitte), alt Stadträtin und Kommunikationsberaterin
- **Janosch Weyermann** (SVP), Stadtrat und Tourismusfachmann
- **Bettina Jans-Troxler** (EVP), Stadträtin und Beraterin/Kursleiterin

«Mit der Liste 'Gemeinsam für Bern' wollen wir dafür sorgen, dass die Stadtregierung repräsentativer zusammengesetzt ist als heute», begründet Nationalrätin Melanie Mettler den gemeinsamen Wahlkampf. «Wir knüpfen mit der Liste an der sachpolitischen Zusammenarbeit der fünf Parteien im Stadtrat an und bieten eine Alternative zu RGM», ergänzt Florence Pärli. «Besonders in der Finanzpolitik, der wohl grössten Baustelle in der Stadt, arbeiten wir eng zusammen und fordern eine nachhaltige Bud-

getplanung», betont Mitte-Kandidatin Béatrice Wertli. «Wir wollen jene wieder angemessen vertreten, die Jahr für Jahr das Budget ablehnen, ohne dass sich etwas bewegt», verweist Janosch Weyermann auf die heutige Übervertretung von RGM.

«Mit unserer Teilnahme stehen wir ein für eine vielfältige Berner Dialog- und Politikultur in der Bundesstadt, die Minderheiten einbezieht und den Blick fürs Ganze nicht verliert», sagt EVP-Kandidatin Bettina Jans-Troxler.

Ein frischer Wind

Von Max Fischer, www.kettenreaktion1.ch

Im Jahr 2021 kam im muffigen Untergeschoss eines billigen Hotels in Antwerpen eine Gruppe junger Leute zusammen, welche sich seit längerer Zeit mit folgender Frage beschäftigten: Wie können alle Menschen auf der Erde Wohlstand erreichen und gleichzeitig die Natur geschützt und grosse, heute genutzte Flächen wieder der Natur zurückgegeben werden?

Ihre Lösung verfolgt einen wissenschaftlichen Ansatz und enthält folgende Schwerpunkte: Reichhaltige Energieversorgung mit geringstmöglichen Umweltschäden, wobei der Kernenergie eine dominierende Rolle zukommt. Ernährung im Wesentlichen durch pflanzliche und biotechnologisch hergestellte Produkte, was Tierproduktion weitgehend unnötig macht und enorme Landflächen freigibt. Rasche Verbesserung der Nutzpflanzen mittels Gentechnologie (Stichwort CRISPRCas). Aufforstung und Verwilderung nicht mehr benötigter Landwirtschaftsflächen.

Die Gruppe gründete die Organisation RePlanet als Verbindung verschiedener Umweltorganisationen, welche sich denselben Werten und Zielen

verschrieben haben. Die Finanzierung erfolgt durch Spenden und Mitgliederbeiträge, aber ohne Zuschüsse von Industrie und politischen Parteien. Später musste der Name auf WePlanet geändert werden, da bereits eine andere Organisation den Namen RePlanet beanspruchte. [1], [2].

Die Bewegung begann aber viel früher, und zwar in den USA, an der Universität Berkeley in Kalifornien ums Jahr 2003 mit der Gründung der Apollo Alliance durch Ted Nordhaus und Mike Shellenberger, sowie 2004 mit dem Buch «The Death Of Environmentalism» dieser Autoren. 2007 gründeten beide das Breakthrough Institute, einen Think Tank, welcher die sog. Ökomoderne Philosophie verfolgt und zur längst fälligen Spaltung der Umweltbewegung führte. [3] WePlanet (ursprünglich RePlanet) hat in der kurzen Zeit seit Gründung einen enormen Zulauf erhalten und mit aufsehenerregenden Aktionen sogar Anerkennung bei den EU-Behörden erhalten. Beispiel: Die Kampagne «Dear Greenpeace» [4], [5]. Hintergrund: Greenpeace verklagte am 18.04.2023 die EU, damit sie Kernenergie aus der Liste der nachhaltigen Investments entferne. Hierauf beantragte WePlanet beim EU-Gericht, als beteiligte Partei (interested



party) aufgenommen zu werden. Diesem Antrag wurde stattgegeben. WePlanet wird also offiziell als Streithelfer des Ausschusses an diesem für unsere Zukunft so wichtigen Gerichtsfall teilnehmen.

Referenzen

<https://www.weplanet.org/> Website der internationalen Dachorganisation
<https://weplanet-dach.org/> Website für die deutschsprachigen Länder
<https://thebreakthrough.org/>
<https://www.weplanet.org/deargreenpeace>
<https://weplanet-dach.org/jugend-gegen-greenpeace/>

Aktuelles aus dem Stadtrat

Im nachfolgenden Artikel wird der Leser wiederum über ausgewählte neuste Entscheidung der Stadt Bern informiert.



Von
Alexander Feuz,
Fürsprecher/
Rechtsanwalt,
Stadtrat SVP,
Fraktionschef
SVP Stadt Bern,
aGrossrat, SVP,
Delegierter in der
Quartierorganisa-
tion QUAV4

Citysoftnet – ein weiteres städtisches Informatik Desaster kündigt sich an

Nach dem Misserfolge des städtischen Schul-informatikprojektes (base4kids2) droht nun ein weiteres Leuchtturminformatikprojekt der Stadt Bern brutal zu scheitern. Das grossmundig angekündigte Softwareprojekt im Sozialwesen, das die Stadt Bern zusammen mit den Städten Zürich und Basel vorantreiben will, droht ebenfalls zu einem Debakel zu werden.

Die Stadt Bern liess sich vom Datenschützer überzeugen, dass sie aus Datenschutzgründen rasch ein neues Programm insbesondere für die Sozialhilfe einführen müsse. Die anderen Gemeinden im Kanton Bern sahen dies aber anders und lassen die bisherige Software weiterlaufen in der Hoffnung auf eine kantonale Lösung. Die Stadt Bern wollte dagegen beim Leuchtturmprojekt der grossen Schweizer Städte mitmachen und übernahm die Pionierrolle bei der Einführung. Es sei angemerkt, dass die Synergien mit Basel und Zürich m.E. überschaubar sind, haben doch diese Kantone bekanntlich eine eigene Sozialhilfegesetzgebung. Da das Citysoftnet-Programm nicht richtig funktionierte, führte dies für die zuständigen Verantwortlichen (Amtsvormunde, Beistände), die Gläubiger aber auch für die Sozialhilfeempfänger zu massiven Problemen, da insbesondere die Zahlungen nicht ausgeführt werden konnten. Viele langjährige Angestellte kündigten deshalb, da sie infolge der berechtigten Kritik ihrer Klienten aber auch der Gläubiger, nicht mehr für das Desaster verantwortlich gemacht werden wollten. Eine Rück-

kehr auf das alte bisherige Programm ist ebenfalls ausgeschlossen.

Der dritte Nachkredit wurde leider zähneknirschend von der Mehrheit des Rates gutgeheissen. Es ist zu befürchten, dass auch die bereits für Ende 2024 angekündigten weiteren Nachkredite in Millionenhöhe von der Ratsmehrheit bewilligt werden. Die Hoffnung der Stadt, dass die andern Gemeinden im Kanton Bern das vielleicht einmal funktionierende Programm kaufen werden, wird sich wohl zerschlagen. Bei der Einführung wird das Programm wahrscheinlich bereits veraltet sein und der Kanton wird über ein eigenes Programm verfügen. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Stadt weiter über 15 Mio. in den Sand setzen könnte. Ob das Programm nach der langen Entwicklungszeit gewinnbringend an weitere Gemeinden in der Schweiz verkauft werden kann, ist äusserst fraglich.

Brünnenhof – die Stadt verscherbelt sein Vermögen erneut zu einem Bruchteil des Wertes

Leider gelang es Janosch Weyermann, der in diesem Dossier für die SVP Fraktion den Lead hatte, und dem Unterzeichnenden nicht, die Ratsmehrheit zu überzeugen, dass dieses Geschäft rechtlich nicht bewilligt werden kann.

Immerhin konnte Janosch Weyermann mit seinem engagiertem Votum die bürgerliche Minderheit dafür gewinnen, das Geschäft, das die meisten zuerst einfach «durchwinken» wollten, doch abzulehnen. Gegen den Betreib eines Jugendhauses hatten wir keine Einwände, dass aber ein Objekt mit einem amtlichen Wert von 1,5 Mio. Franken «verscherbelt» wird, ist nicht zulässig. Zudem erfolgte nicht einmal die nach unserem Dafürhalten öffentliche Ausschreibung. Es hätte zuvor eine öffentliche Ausschreibung auch an andere Institutionen erfolgen müssen. Dies natürlich ebenfalls unter der Auflage, dort ein Jugendhaus zu betreiben.

Die Stadt Bern hat generell ein gutes Händchen für schlechte Immobiliengeschäfte: wurde doch das Altersheim Kühlewil 2017-2020 für 30,3

Mio. Franken saniert und 2021 für 12, 8 Mio. Franken weiterverkauft.

Gendersternchen und Kosten für den Sprachleitfaden

Die Stadt Bern leistet sich den Luxus eines eigenen Sprachleitfadens. Anträge der SVP, die dies im Rahmen der Finanzdebatte stoppen wollen, sind leider krachend gescheitert. Die Stadt Bern will wegen der LGBTIQ Anliegen an ihrem eigenen Sprachleitfaden ausdrücklich festhalten. Es scheint, dass die Rechtschreibung nun städtisch geregelt werden soll. Die Fraktionsmotion, in der wir den Stopp des Alleingangs und die Übernahme des Leitfadens der Bundeskanzlei verlangen, wurde am 1.1.2024 traktandiert. Die Motion wird es leider nicht schaffen. Immerhin wissen wir aufgrund eines weiteren Vorstosses, dass die Erarbeitung 85 Arbeitsstunden erforderte. Der Leser weiss nun, wie die Verwaltung ihre Kräfte zum Wohle der Bürger einsetzt... (Ironie Ende).



Ballenberg der Denkmäler auf der Grossen Allmend

Die Motion der AL, PDA und JUSO, die vorsah, dass u.a. das Bubenbergdenkmal und weitere historische Denkmäler, z.B. Rudolf von Erlach von ihren angestammten Plätzen entfernt und wie in der DDR oder der UDSSR auf einem «Platz der Schande» deponiert werden sollten, wurde zum Glück vom Stadtrat abgelehnt. Dabei war für die Ratsmehrheit möglicherweise weniger die Besorgnis massgebend, dass diese ungeschützten Kulturgüter dort mutwillig zerstört werden könnten, sondern die Befürchtung, dass die Benutzung der Grossen Allmend sonst erschwert werden könnte.

Bereits bei der Umgestaltung des Hirschengrabens wollten diverse Exponentinnen die Denkmalsgeschützte Statue Adrian von Bubenbergs in ein Depot verfrachten.



Geld verteilen im Giesskannenprinzip – EU-Scheinverhandlungen

Von Samy Gugger, Politiker ohne Ambitionen,
3615 Heimenschwand

Geld verteilen im Giesskannenprinzip erreicht grössten Teils die Falschen!

Ich nehme es Niemandem übel, wenn er die Initiative für eine 13. AHV-Renten-Auszahlung der AHV gestimmt hat (ich selber habe NEIN gestimmt). Aber ich selber gehöre jetzt auch zu den «Glücklichen ca. 80 % der AHV-Bezüger» die, das im Giesskannenprinzip eine zusätzliche 13. Rente erhalten. Auch gehöre ich zu denjenigen die eigentlich dieses Geld auch nicht unbedingt benötigen, da ich dazu erzogen wurde nicht über die Verhältnisse zu leben, und deshalb in Eigenverantwortung vorgesorgt habe. Aber die Initianten haben wahrscheinlich noch nie etwas von Sparsamkeit gehört. Aber es ist jetzt so, wie es ist. Dass eine so teure Initiative vors Volk gebracht werden kann, ohne die Finanzierung aufzuzeigen, grenzt eigentlich an Irreführung des Volkes. Aber auch die Gegner, u.a. die Eidg. Parlamentarier/Innen sind in der Verantwortung, weil sie keinen vernünftigen Gegenvorschlag ausgearbeitet haben. Z.B. mit einer Verknüpfung und Erhöhung des AHV-Alters um ein Jahr. Eine solche Vorlage hätte mit einer Mehrheit rechnen können und dann wäre auch ein grosser Teil der

Finanzierung der 13. Rente gesichert gewesen; und eine solche Vorlage hätte erst noch zum viel zitierten Fachkräftemangel beigetragen. Jetzt wird darüber in den Räten gestritten, wie das jährliche Loch von 4 Milliarden gestopft werden kann. Bitte nur keine neuen Steuern, die so oder so den Mittelstand treffen würden, und die Schere arm - reich weiter vergrössern würde.

Gewerbeverband, Arbeitgeberverband und Economiesuisse aufgepasst, wenn Ihr bei der Krankenkassen-Initiative nicht noch ein gleiches Debakel, vor Allem zu Lasten des Mittelstandes, erleiden möchtet, müsst Ihr und die bürgerlichen Parteien rechtzeitig überzeugende Argumente einfallen lassen.

Ungemach aus Brüssel/EU

Weiteres Ungemach kommt aus dem Bundesrat und den grossen Wirtschaftsverbänden: der Unterwerfungsvertrag mit der EU. Mit anderer Verpackung, aber mit gleichem Inhalt wie beim Abbruch des Rahmenvertrags wird jetzt versucht uns Schweizern die Anbindung, resp. die Unterwerfung an die EU schmackhaft zu machen und unseren hart erarbeiteten Wohlstand und soziale Sicherheit auf das EU-Niveau her-

unterzudrücken! Noch sind die Gewerkschaften auf der NEIN-Seite, da u.a. der Lohndruck und die Spesenregelung gewaltige negative Auswirkungen auf die Einkommen der Arbeiter hätte.

Gestern hat unsere Bundespräsidentin Viola Amherd mit der EU-Vorsitzenden Ursula Von der Leyen in Brüssel ihre hoffnungsvolle Überzeugung auf erfolgreiche Verhandlungen betreffend eines neuen Vertrages mit der EU ausgedrückt.

Heute der Hammer vom EU-Vizepräsidenten Maros Sefcovic: Er erklärt frisch und fröhlich, dass bei der EU-Freizügigkeit, resp. Zuwanderung aus der EU keine Zugeständnisse gemacht werden.

Unter solchen Vorzeichen müsste der Bundesrat eigentlich die vorgesehenen Verhandlungen gleich abbrechen, bevor sie angefangen haben!

Hier zeigt die EU ihr wahres Gesicht: es geht nicht um Verhandlungen auf Augenhöhe mit der Schweiz, sondern um Eigennutz, Unterwerfung, Ausbeutung der Schweizerdemokratie und Wohlstandsklau.

Fremde Richter auf Abwegen



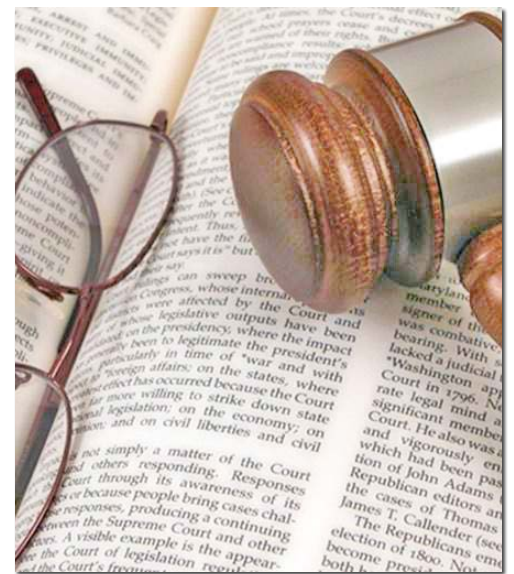
Von Janosch Weyermann, Stadtrat und Gemeinderatskandidat der SVP auf der Liste «Gemeinsam für Bern», Bern

In einer inszenierten Klage gingen kürzlich die Klimaseniorinnen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) gegen die Schweiz vor. Mit ihrem jüngsten Urteil machen sich die Strassburger Richter zu Marionetten von Aktivisten und haben nun endgültig ihre Glaubwürdigkeit verloren. Ihre dreiste Einmischung in die Schweizer Politik ist für ein souveränes Land inakzeptabel. Das Strassburger Urteil ist in mehrfacher Hinsicht skandalös:

- Es ist eine massive Verletzung der Gewaltentrennung – die Aufgabe von Gerichten ist es, Recht zu sprechen und nicht Politik zu machen.

- Mit diesem Urteil stützen die ideologischen Strassburger Richter die offensichtliche Aushöhlung der rechtlichen Institutionen der Schweiz mit dem Ziel, billigen Klima-Aktivismus zu betreiben.
- Weder die Klägerinnen noch die realitätsfremden Robenträger in Strassburg haben sich mit den Fakten befasst: kein entwickeltes Land hat so tiefe Treibhausgasemissionen pro Franken Wertschöpfung wie die Schweiz. Dies zumal die Schweiz mit Wasserkraft und Kernkraft in der Vergangenheit eine nahezu CO₂-neutrale Energieproduktion hatte.

Dieses Urteil fremder Richter gilt es entschieden abzulehnen. Der EGMR ist ein expansiver Gerichtshof. Das heisst, er mischt sich zunehmend in nationale Angelegenheiten ein, die bei seiner Gründung – respektive beim Beitritt der Schweiz 1963 – kein Thema waren. Es ist inakzeptabel, dass politische Entscheide durch Gerichte getroffen werden. Dafür ist der demokratisch gewählte Gesetzgeber zuständig. Mit der Annahme der Selbstbestimmungsinitiative der SVP hätte die Schweiz sichergestellt, dass nationales Recht Vorrang vor Urteilen von solchen expansiven Gerichten hätte.



Angesichts solcher politischer Urteile eines derart expansiven Gerichtshofs, gilt es nun einen Austritt der Schweiz aus dem Europarat zu prüfen sowie eine erneute Diskussion über den Vorrang von nationalem Recht vor solchen politischen Urteilen zu lancieren. Damit die Schweiz Schweiz bleibt!

Petition an Bundesrat und Parlament

Patrouille Suisse erhalten!



Der Bund will die F-5 Tiger Kampffjets bis Ende 2027 ausser Dienst stellen. Dies würde die Luftverteidigung unseres Landes unnötig schwächen und unweigerlich auch das Ende der schweizweit beliebten Flugstaffel Patrouille Suisse bedeuten!

Mit der F-5-Flotte kann die Schweizer Armee den Luftkampf trainieren sowie Schulungen und Testflüge absolvieren. Die aus diesen Kampffjets bestehende Patrouille Suisse dient dabei auch als Visitenkarte nach aussen. Nicht ohne Grund ist die Patrouille Suisse über alle Altersklassen und Gesellschaftsschichten hinweg beliebt und in der Bevölkerung stark verankert. Eine sichtbare Armee steigert das Sicherheitsempfinden und schafft Vertrauen. Gerade in Anbetracht der aktuellen Weltlage wäre die Schwächung der Armee und ihrer Luftverteidigung eine fahrlässige Handlung.

PRO LIBERTATE will die Schweizer Armee stärken. Dazu gehört auch die Patrouille Suisse als sichtbares Aushängeschild. Unterschreiben Sie unsere Petition für den Erhalt der Patrouille Suisse!

Ich möchte Mitglied bei PRO LIBERTATE werden (bitte ankreuzen)

Vorname, Name	Strasse, Nr.	PLZ, Ort	Unterschrift	
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>

Jede Person, unabhängig von Alter und Staatsangehörigkeit, kann die Petition unterschreiben. Danke für Ihre Unterstützung!



«Das Leben lässt sich nicht am Computer simulieren. Genauso wie Blaulichtorganisationen müssen auch die Angehörigen der Armee ihre Einsätze möglichst realitätsnah üben können. Dazu braucht es die F-5 Tiger Kampffjets, dazu gehört auch die Patrouille Suisse!»

Sandra Schneider
Grossrätin und Stadträtin, Biel/Bienne




«Die USA behalten ihre F-5 Tiger bis 2050 im Einsatz. Die Schweiz will ihre bereits in wenigen Jahren ausser Dienst stellen – obwohl in Europa wieder Krieg herrscht. Die Abschaffung der Patrouille Suisse schwächt die Armee unnötig und untergräbt das Vertrauen der Menschen in den Staat. Das darf nicht sein!»

Janosch Weyermann
Stadtrat und Gemeinderatskandidat, Bern



Senden Sie den Unterschriftenbogen umgehend ein an: Schweiz. Vereinigung PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen

PRO  LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für
Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
www.prolibertate.ch

Weitere Informationen über die Vereinigung auf www.prolibertate.ch
Unterstützen Sie die Petition mit Ihrer Spende auf CH23 0900 0000 3002 6847 0

Bitte ganze Seite ausschneiden und den Bogen einsenden. Danke!



Das Experiment der Integration aller Kinder in Regelklassen muss gestoppt werden



Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweiz. Vereinigung «Eltern gegen Drogen», 3037 Herrenschwanden BE

Seit dem 1. Januar 2008 erfolgte die Umsetzung von Art. 17 des Volksschulgesetzes des Kantons Bern, das heisst, die Anzahl besonderer Klassen wurden stark reduziert. Dafür wurde der Spezialunterricht wie Integrative Förderung, Logopädie, Legasthenie, Dyskalkulie, Deutsch für Fremdsprachige und Psychomotorik massiv ausgebaut. Von diesem Förderunterricht sind in einigen Klassen bis die Hälfte aller Schüler und Schülerinnen betroffen.

Dieser Spezialunterricht findet oft innerhalb der Klasse statt. Heilpädagoginnen, Klassenhilfen, usw. betreuen während dem Regelklassenunterricht Kinder mit Defiziten, indem sie Erklärungen und Anweisungen geben, was sehr störend sein kann. Diese Unruhe führt dazu, dass Schüler und Schülerinnen neuerdings mit Gehörschutz ausgerüstet werden müssen. Der Förderunterricht in Kleingruppen findet während der ordentlichen Unterrichtszeit ausserhalb des Klassenzimmers statt. Auch diese Massnahme führt zu Hektik und Unruhe, denn daraus resultiert ein stetiges Kommen und Gehen.

Die Konzentrationsfähigkeit der Kinder wird durch die Unruhe überstrapaziert, und gute Schulleistungen sind in einem solchen Umfeld schwierig zu erbringen. Da der Spezialunterricht ausserhalb des Klassenzimmers stattfindet, verpassen Kinder den Unterrichtsstoff der Regelklasse.

Auch darf es nicht sein, dass bald bei der Hälfte der Schulkinder ein Defizit diagnostiziert wird.

Jedes Kind, das einen Spezialunterricht besuchen muss, ist stigmatisiert. Nicht nur die Kinder sind in einem solchen Schulklima überfordert, sondern auch manche Lehrperson. Ihre Lehrtätigkeit wird durch Koordination und Absprachen belastet. Die individuellen Arbeitspläne der Kinder und die heterogenen Klassen verlangen nach individueller Förderung, welche die Lehrpersonen nur ungenügend erfüllen können.

Ebenfalls belastend für die Lehrpersonen und die Kinder sind Mehrjahrgangsklassen. Insbesondere überfordert sind die Erstklässler beim selbständigen Arbeiten währenddem die Zweit- und Drittklässler am mündlichen Unterricht teilnehmen.

Massnahmen wie die Einführung von Sonderklassen oder Teamteaching mit zwei Lehrpersonen (wie im Kanton Bern im Grossen Rat beschlossen) müssen zum Wohle der Kinder und Lehrpersonen dringend umgesetzt werden.

«Schöne junge Leute sind Zufälle der Natur, aber schöne alte Menschen sind Kunstwerke.»

Eleanor Roosevelt
Ehemalige First Lady der USA
1884 - 1962



IMPRESSUM

Herausgeberin
Vereinigung **BERNAKTIV**, Postfach 3150, 3001 Bern
Telefon 031 398 42 04, Telefax 031 981 41 61
Postcheck 30-22011-6
E-Mail: redaktion@bernaktuell.ch – www.bernaktuell.ch

Verantwortliche Redaktion
Grossrat und aNationalrat Thomas Fuchs; Stadtrat und aNationalrat Bernhard Hess; Nationalrat Erich J. Hess; Rechtsanwalt, Grossrat und Stadtrat Dr. iur. Patrick Freudiger; Stadtrat Janosch Weyermann, Bern

6–10 Ausgaben pro Jahr – Auflage 5'000 bis 25'000 Expl.

Layout: Peter Hofstetter, Lurtigen

Druck: DZB, Druckzentrum Bern AG

Spenden in WIR

Sie können Spenden an **WIR** auch in **BERNAKTUELL** tätigen.



Spenden in WIR bitte BA an **BERNAKTUELL**, Postfach 3150, 3001 Bern

BERNAKTUELL dankt herzlich für Ihre Unterstützung.

BERNAKTUELL

Mitglied werden

BERNAKTUELL

- Jahresbeitrag Fr. 48.– (inkl. Zeitung) Gönner/Sympathisant (Beitragshöhe frei)
- ___ Expl. Buch «Kein Weg ist zu weit» Fr. 37.–
- ___ Expl. Buch «Mehr Platz für weniger Tiere» Fr. 49.–

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Bitte einsenden an: **BERNAKTUELL**, Postfach 8631, 3001 Bern / Fax 031 981 39 82 / redaktion@bernaktuell.ch

